

# Halle

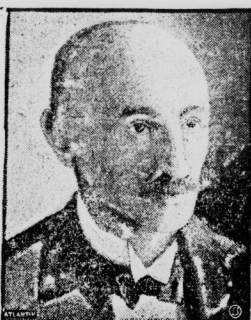
## Halle'sche Neueste Nachrichten Handelsblatt für Mitteldeutschland

Das „Halle'sche“ wird ein in jedem Hinsicht modernstes, dem monatliche Belegpreise durch den beträgt 2,00 Reichsmark, durch Ausgabe in eine Belegpreis in 12 Reichsmark, das 6 bis 10 Reichsmark u. 5 Pfennige zu je Beleg. Einmal der Anzeigen-Rabatte: zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Folgendem-Bestimmungen: 6/4 Seite 0,25 Reichsmark

Die Anzeigen, die im gleichen Verlaufe in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung, der Ausgabe diese Demoskope in der Druckhaus 17, 17. Belegpreis: 20 Pfennige, dem einmal-Nummer 7421. Druck-Verlag: „Halle'sche“ in Halle. Druck-Verlag: Halle'sche Druckerei, Halle. Druck-Verlag: Halle'sche Druckerei, Halle. Druck-Verlag: Halle'sche Druckerei, Halle.

### Neues in Kürze.

Stachmelkbonnen und Radiotelegramme.



Der neue Bundespräsident der Schweiz, Heinrich Hübert, der für das Jahr 1926 zum Bundespräsidenten der Schweiz gewählt wurde.

Gestern Abend fand eine Besprechung des Reichstags mit den Führern der Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der kommunistischen und der östlichen über die Verjagung der Erwerbslosen. Das Ausschuss der Erhöhung der Erwerbslosen-Abgabe konnte nicht bestimmt werden, weil sich noch nicht überlassen lässt, bis zu welcher Höhe die Anzahl der Erwerbslosen ansteigen wird.

Am 1. Juli 1926 ab laufen, wie aus einer amtlichen Zusammenstellung hervorgeht, 2.384.972 Reichsmark. Dabei sind die Reichsmarknoten nach Stämmen zusammengefasst, so dass auf je 26 Einwohner ein Reichsmark, oder wenigstens eine Marke entfällt. Im Einzelnen gibt es 1.456.622 Marknoten, 581.248, Zwanzigmarknoten 209.827, Zwanzigmarknoten 99.274, Zwanzigmarknoten 32.665 und Zwanzigmarknoten 3658.

Im Münchener Dolchstoßprozess wurde heute der Angeklagte Retzauer Gruber wegen Verletzung von 2000 Mark Geldstrafe, eventuell 30 Tagen Gefängnis, verurteilt.

Die Anfang August 1914 begründete Deutsch-Türkische Vereinigung, die während des Krieges eine Mitgliederzahl von 6-8000 erreichte, hat im Laufe der Jahre Schulen und Erziehungshäuser in der Türkei errichtet, hat sich am Dienstag in Berlin neu konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Gauselotzler a. D. Dr. Kemald gewählt.

In Berlin begannen am Dienstag Verhandlungen englischer und russischer Gewerkschaftsführer über die Frage der Zusammenarbeit der russischen Gewerkschaften mit der Amerikaner Gewerkschaftsinternationale.

Uns wird mitgeteilt, dass am Montag eine Einigung in den noch anhängenden Gütertransportverordnungen hinsichtlich der deutschen Eisenbahnen erzielt ist. Die erforderlichen Gesetze für den Reichstag sind vom jetzigen Kabinett bereits in Angriff genommen.

Nach Londoner Meldungen ist von einer großen Zahl von ...tragenden Geschäftlichen und Schriftstellern eine Petition eingereicht worden, die sich gegen die Anerkennung der deutschen Reichsgeld im Versailles Vertrag richtet.

Wenig günstig lauten die Nachrichten aus der 2. und 3. Zone des Befreiungsgebietes. Es sind bis heute keinerlei Anordnungen für den Heimtransport der aus der 1. Zone einströmenden Truppen ergangen. Die Demarche der Reichsregierung in Paris, London und Brüssel ist nach einer Londoner Neuermeldung vom Montag früh, nach Gegenstand von Beratungen der Befreiungsmächte.

Die Bonhoner Times melden aus Genf: Die hier eingetragene Delegation aus dem Schweizerland, die gegen annehmbare Bedingungen des Schweizer Staates durch die Britische Regierung produzieren will, wird vorläufig nicht vorgehen.

In Moskau ist eine finnische Wirtschaftsdelegation zu Untersuchungen zwecks wirtschaftlicher Annäherung zwischen Finnland und der Sowjetunion eingetroffen.

Die holländische Regierung ist noch immer nicht überwinden. Die Königin von Holland hat den Führer der christlich-katholischen Partei Dr. Jakob Theodor Visser nunmehr mit der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts beauftragt. Dr. Visser hat sich eine Beihilfe erbeten.

### England spioniert in Frankreich.

In Frankreich ist den Engländern ein kleines Malheur passiert, das ein geradezu unermessliches Licht auf die Insignität der englisch-französischen Beziehungen wirft. Die bekanntlich einer der Hauptstützen war für die angebliche Notwendigkeit für Deutschland, den Locarnovertrag abzuschließen, um nicht einen gegen Deutschland gerichteten England-Frankreich-Gegenüberstand. Zunächst zeigt das englische Malheur, wie wenig England, das Friedensheule, an den Locarno-Frieden glaubt. Hier der Tabelle:

In Versailles wurde dieser Tage ein englischer „Marineoffizier“ Colonel Hill, der sich eifrig in französischen Militärkreisen bewegte, wegen unbefugten Transports von Uniform und Orden verhaftet. Die Untersuchung führte weiter zu Verhaftung zweier jungen Damen, die dem Herrn Colonel nahestanden, und dreier Engländer, sowie zur Verhaftung zahlreicher Schriftsteller, ein Teil der bedeutendsten Schriftsteller konnte rechtzeitig verhaftet werden.

Und das Ergebnis: englische Militärspionage gegen Frankreich.

Natürlich tut man in Frankreich sehr entsetzt, (obwohl sicherlich die Franzosen genau so

in England Spionage treiben lassen) und das natürlich über die einflussreiche Journal de Debats schreibt darüber, halb bescheiden, halb hochmütig, aber im Grunde hoch empört:

Was an der Ungelegenheit bezeichnend und das Ueberlegen wert sei, die Feststellung, dass ein vor allen anderen befreundetes Land, das besonders der Welt habe, in Europa das internationalste Verhalten, die sich zeigen lassen, sich verpflichtet fühlte, einen geheimen Nachrichtenendienst über die militärischen Veränderungen eines Nachbarn beizubehalten, der so wenig verdächtig ist, gegenüber seinem nächsten Feinde zu handeln, und der sich verpflichtet habe, in Frankreich ein Geheimnis mehr zu haben und alle Einbildungen allen zu gute kommen zu lassen.

Ob es sich nun um einen Fall von Ueberwachung handelte oder Ueberlieferung subalterner Stellen, der Härter sei als der gute Wille der Regierungen, das Ergebnis sei das Gleiche. Der Geist des Friedens sei eine junge Pflanze, die der geringste unangenehme Wind brechen könnte. „Schreiten wir bei besonders der Zugluft der militärischen Flugzeugparks!“

### Keine Wohnungserforderungen der Befehlsmächte?

Wie aus Berlin verlautet, hat der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen General Guillaumat dem Generaldirektor der Reichsverwaltung beim alliierten Oberkommando in Mainz mitgeteilt, dass er für den französischen Befehlshaber den Befehl erteilt hat, bis zum 1. April kommenden Jahres von jeder Wohnungserforderung von Räumlichkeiten abzuziehen.

Die Reichsverwaltungserwaltung in Koblenz ist angewiesen worden, auch bei der britischen und belgischen Armee auf den Erlass eines solchen Befehls hinzuwirken.

Dieses hing ja ganz schön. Aber wenn die seit Frühjahr der Rücknahme der Röhren Zone bereits unangeforderten Wohnräume nicht wieder freigegeben werden, bleibt der Befehl des Herrn Guillaumat eine leere Geste. Von dieser Freigabe gibt er nichts gelagt.

### Dänische Frechheit. Ein freierischer Protest.

Der Nordfriese Verein für Heimatkunde und Heimatpflege hat bei einer Versammlung in Bredsted eine Entschuldigungsaktion, in der es u. a. heißt:

Vor dem Widerstandstafel in Genf und auch auf dem Kongress selbst ist nun dänischer Seite demangelt worden, dass die friesischen Widerstandskämpfer als solche bei den Beratungen über die Heimatprobleme nicht vertreten gewesen ist. Obwohl die letzten Wahlergebnisse in Nordfriesland zur Genüge aussagen, dass die sogenannte dänisch-friesische Bewegung künstlich hervorgerufen ist, wollen wir doch einmal mit aller Schärfe erklären, dass es eine nationale friesisch-widerständige im Gegensatz zum Deutschtum nicht gibt.

In Nordfriesland wurden bei der letzten Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 abgegeben 2789 gültige Stimmen, davon 271 dänische, und davon sind noch etwa 25 Prozent Stimmen von aus dem Norden Zugewanderten und in Friesland also nicht Heimatberechtigten. Die von dem dänischen Vertreter auf der Genfer Konferenz abgegebene Erklärung weisen wir entschieden zurück. Wir bejahen uns als einer unauflösbaren Bestandteil des deutschen Volkes und halten uns als Träger des kulturellen Willens des nordfriesischen Volkstums sowie als unpolitische und unabhängige Kreisläufe für verpflichtet und bereit, vordringende Forderungen abzugeben.

Damit haben die Dänen die richtige Antwort auf den unauflösbaren Verlangen, neue Gesetzgebungen auf Kosten Deutschlands mit der vollen Behauptung zu machen, dass die urdeutschen Friesen eigentlich unterdrückte Dänen seien.

### Coolidge's Botschaft.

Der Präsident der Vereinigten Staaten Mr. Coolidge hat gestern den amerikanischen Kongress die alljährliche Botschaft des Präsidenten vorgelesen. Darin äußert er sich unter anderem über die Abrüstungsfrage

dahin, dass die Abrüstung ein ausgeprägtes europäisches Problem ist. Das heißt also, wir Amerikaner denken nicht an Abrüstung. Weiter sagt er: Wenn die amerikanische Regierung aus allgemeinen für die Abrüstungsfrage eingestimmt sei, lege die Regierung doch seinen Wert darauf, an einer Abrüstungsfortschritt teilzunehmen, deren Legitimität und deren Zusammenhängen festgestellt sei, das mit der Abrüstungsfortschritt des Schiedens von vorderein gemacht werden müsse.

Dies heißt mit anderen Worten, dass sich Mr. Coolidge von den letzten Abrüstungsverhandlungen in Genf keinen Erfolg verspricht.

### Hindenburg und die Sozialdemokratie.

Wir geben den nachstehenden, uns von dem Reichstag-Verhandlungen entnommenen, in der letzten Nummer veröffentlichten, sachlichen Auslassung, ohne unsere eigenen früheren Meinungen gegen die große Koalition anzugeben.

Wenn ein Mann von so hoher Lebenskraft und von so tiefem Verständnis und Volkstrennung, wie Hindenburg, eine Regierung der großen Koalition unter den gegebenen politischen Verhältnissen für das richtige erklärt, so ist ohne weiteres vorzuziehen, dass er sich die richtige Gründe dafür hat. Man wird bei jedem Einzelnen nicht leicht gehen, wenn man als seinen Hauptgrund den anführt, dass ihm die Erhaltung des inneren Friedens im Volke als oberste Notwendigkeit erscheint.

In dieser Zeitung wurde mit Recht wiederholt auf die außerordentliche Gefahr hingewiesen, die unter Volk in zwei sich als unüberwindlich feindlich gegenüberstehende Gruppen zerfällt. Diese Gefahr ist durch Locarno noch außerordentlich verstärkt worden, wobei allerdings nochmals betont werden muss, dass die Lage sich nur bessern werden konnte. Denn der ursprünglichen Sicherheitspolitik, dem Bericht auf Rohanpolitik, der Politik der friedlichen und geordneten Beziehungen zu unseren ehemaligen Feinden, hatten auch die Deutschnationalen zugestimmt. Es ist aber vor Locarno eine deutsche außenpolitische Front, die nahezu das ganze Volk umfaßt; erst durch die weitere, für die deutschnationalen Kreise untragbare Behandlung der Sicherheitspolitik ist sie getrennt worden.

Es ist daher mir die außenpolitische Spaltung in der zwei Lager. Dazu haben wir die mit dem Steigen der wirtschaftlichen Not zunehmende Spaltung in der Innenpolitik. Das die beiden außen- und innenpolitischen Lager ganz verschiedenen zusammengefasst sind, erhöht nur die Reibungen und damit die Gefahr erster Zusammenstoßes.

Hindenburg hat bei seinem Bemühen, diesen Gegenüber zum Trost den inneren Frieden zu machen, insofern eine ungenutzte politische Aktion, als er damit rechnen darf — was aber nicht kommt — dass ihm die nationalen Kreise die Treue wahrn, auch wo sie seiner Politik nicht innerlich folgen, wie jetzt bei der Bekämpfung der großen Koalition. Gegen diesen Widerspruch der beiden politischen Fronten gegen seinen Willen, hat sich die Linke so erbittert und unter so lauten Hinweis auf sein überhohes Alter läutete, vielleicht der einzige Mann in Deutschland, der trotz Locarno den Zusammenstoß der beiden politischen Fronten verhindern kann. Das er es versucht, beweist ähnlich wie einst seine Schlacht von Lannenberg und seine Haltung in den Revolutionstagen, das er wirklich ein jedes Parteiwas übergenau geradezu schicksalsgemäße Persönlichkeit von historischer Größe ist.

### Schwierige Regierungs-Verhandlungen.

Die Regierungsbildung stößt weiterhin auf große Schwierigkeiten. Vor allem konnte die Sozialdemokratie sich noch immer nicht entscheiden, ob sie in die Regierung einzutreten soll oder nicht. Die Befürworter der Wirtschaftslage sind so außerordentlich groß, dass die Sozialdemokratie doch einen so großen Verlust an Anhängern befürchtet, wenn sie in der Regierung tritt und also die Arbeiterentwertung trägt.

Der sozialdemokratische Parteiausschuss, der am Dienstag gemeinsam mit dem Arbeiterbund eine Sitzung in Berlin abhielt, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen, hat in der Frage der Regierungsbildung keine entscheidenden Beschlüsse gefasst. Die Entscheidung über die Ansetzung des Reichspräsidenten auf die Bildung einer Regierung der großen Koalition und über die in diesem Falle von der Sozialdemokratie zu stellenden Bedingungen, soll vielmehr erst in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Mittwoch nachmittag fallen.

Angesichts der Demoskraten und Zentrum eifrig ihre Bemühungen um die große Koalition fortzusetzen und jeden vor allem die Volkspartei zu gewinnen, bei der — ebenfalls vor allem aus wirtschaftlichen Erwägungen — noch manche schwere Bedenken gegen die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie bestehen.

Die Vorhaben der demokratischen Reichstagsfraktion und der Zentrumsfraction des Reichstags, die Abgeordneten Dr. Koch und Dr. Watz, haben für heute nachmittag die Führer der neuen Regierungsmehrheit zu schaffen. Die Verhandlungen sind in der Hauptsache dazu dienen soll, die Grundlagen eines gemeinsamen Arbeitsprogrammes für die große Koalition festzusetzen und die Vorbereitungen für die Bildung der neuen Regierungsmehrheit zu schaffen. Der Grund der Ergebnisse dieser Verhandlungen sollen dann die Fraktionen ihre Beschlüsse fassen.

Die Parlamentarier der englischen Arbeiterpartei erörtere gestern eine Entscheidung darüber, monach die Arbeiterpartei den bisher üblichen Verkehr mit den Konventionen „Einzelteilern“ einstellen und in hängige Verhandlungen eintreten soll. Die Entscheidung hängt, dass die Regierungsgeschäfte auf diese Weise hängig aufgehoben werden sollen, bis die Arbeitslosigkeit in einer für die Arbeiterpartei annehmbaren Weise geregelt worden ist.

Der Sozialdemokratie unter welchem Gesichtswinkel, so leicht man auch, dass sie die Möglichkeit einer Entschuldigungsaktion, die sich gegen die große Koalition richtet, zu verhindern. Bisher waren die deutschen sozialdemokratischen Führer fast ausnahmslos ganz oder doch vornehmlich international und antinational eingestellt, die englischen Arbeiterführer dagegen immer im Interesse einer Einigung mit der großen Koalition in zweiter Linie international. Nun hat in England die Zeit, in der die Arbeiterpartei die Regierungverantwortung trug, eine weitere Klärung der Geister gebracht: die nationalen Ar-

